

Finanzausgleich: Weiter reformieren

Berlin (dpa) – Ein Jahr nach Inkrafttreten des ersten Teils der Föderalismusreform hat der Konvent für Deutschland um Altbundespräsident Roman Herzog Bund und Länder dazu aufgerufen, mit dem anstehenden zweiten Teil grundlegende Veränderungen durchzusetzen. In einem in Berlin vorgestellten 13-Punkte-Papier fordert das Gremium unter anderem, den derzeitigen Länderfinanzausgleich abzuschaffen und durch Bundeszuweisungen zu ersetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warb aber für die weitere Unterstützung schwacher Bundesländer durch starke. Das SPD-Vorstandsmitglied Christoph Matschie kritisierte die bisherigen Reformschritte.

Der erste Teil der Föderalismusreform war am 1. September 2006 in Kraft getreten. Im Kern beschränkt er die Mitspracherechte des Bundesrates und räumt den Ländern im Gegenzug mehr Kompetenzen ein. Seit März berät eine Bund-Länder-Kommission über eine Föderalismusreform II zur Entflechtung der komplizierten Finanzströme zwischen Bund und Ländern.